

FDP.Die Liberalen, Postfach, 3001 Bern

Eidgenössisches Parlament

Bern, 6. Oktober 2025 / cts
VL_Laerm_d

Elektronischer Versand: noise@bafu.admin.ch

Revision der Lärmschutzverordnung (LSV): Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung oben genannter Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

Die FDP lehnt die Lärmschutzverordnung (LSV) ab. Die Verordnung setzt den Willen des Gesetzgebers nicht ausreichend um und verfehlt somit das Ziel, mehr Bauprojekte zuzulassen und damit mehr Wohnraum zu schaffen.

Zwar beseitigt die geplante Revision einige Probleme, schafft aber an anderer Stelle neue Hürden und Unklarheiten. Die Partei fordert deshalb, die Revision mit den Zielen der Innenentwicklung und der Schaffung von dringend benötigtem Wohnraum in Einklang zu bringen. Sie betont, dass der gesetzliche Spielraum, den Artikel 22 des Umweltschutzgesetzes (USG) vorgibt, nicht erneut durch die LSV unterlaufen werden darf. Die FDP kritisiert zudem die mangelnde Flexibilität: Die starre 10-Prozent-Grenze für Ausnahmen wird den realen städtebaulichen und lärmschutzrechtlichen Gegebenheiten nicht gerecht und wird innovative, qualitativ hochwertige Projekte blockieren.

Die FDP fordert zudem, dass in der LSV klar geregelt wird, dass in Flughafenregionen wie den Großräumen Genf, Basel oder Zürich gestützt auf Artikel 22 USG neue Wohnungen gebaut werden dürfen, sofern sie mit kontrollierter Lüftung ausgestattet sind. Dies entspricht dem parlamentarischen Willen.

Aus diesen Gründen fordert die FDP den Bundesrat auf, die LSV in der vorliegenden Form zurückzuziehen und zu überarbeiten. Hauptziel der Verordnungsanpassung muss sein, den Willen des Gesetzgebers zu akzeptieren und alles zu unternehmen, damit dem Zubau von Wohnraum keine Hürden in den Weg gestellt werden.

Wir danken für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Überlegungen.

Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen

Der Präsident



Thierry Burkart
Ständerat

Der Generalsekretär



Jonas Projer